

PRESSEMITTEILUNG

14. April 2025

Umfrage über den Zugang von Unternehmen im Euroraum zu Finanzmitteln: Unternehmen berichten von niedrigeren Zinsen bei gleichzeitig geringerem Bedarf an Bankkrediten

- Unternehmen melden einen Rückgang der Zinsen für Bankkredite und zugleich eine geringfügige weitere Verschärfung der übrigen Kreditkonditionen
- Finanzierungslücke blieb bei Bankkrediten nahezu unverändert, wobei die Unternehmen einen niedrigeren Kreditbedarf und zugleich eine etwas schlechtere Verfügbarkeit melden
- Erwartungen der Unternehmen für die Inflation in einem Jahr im Median leicht von 3 % auf 2,9 % gesunken; Median der Erwartungen für die Teuerung in drei und in fünf Jahren mit 3,0 % jeweils unverändert

In der jüngsten Umfrage über den Zugang von Unternehmen im Euroraum zu Finanzmitteln (SAFE) für das erste Quartal 2025 berichteten die Unternehmen von einem Rückgang der Zinssätze für Bankkredite (per saldo -12 % nach -4 % im Vorquartal). Dies deutet darauf hin, dass die geldpolitische Lockerung auf die Unternehmen übertragen wird. Gleichzeitig gaben per saldo 24 % (nach 22 % im Vorquartal) an, dass die sonstigen Finanzierungskosten (d. h. Entgelte, Gebühren und Provisionen) gestiegen seien (siehe Abbildung 1).

In der aktuellen Umfragerunde meldeten die Unternehmen per saldo (-4 % wie bereits im vierten Quartal 2024) einen geringeren Bedarf an Bankkrediten (siehe Abbildung 2). Gleichzeitig gaben die Unternehmen unter dem Strich an, dass die Verfügbarkeit von Bankkrediten weitgehend stabil geblieben sei (per saldo -1 % nach 2 % im Vorquartal). Hieraus ergab sich eine weitgehend unveränderte Finanzierungslücke bei Bankkrediten (d. h. beim Index, der die Differenz zwischen dem Bedarf an diesen Krediten und ihrer Verfügbarkeit angibt). Die Finanzierungslücke verringerte sich per saldo für 1 % der Befragten, während in der vorangegangenen Umfragerunde per saldo 1 % der Unternehmen von einer Vergrößerung berichtet hatten. Der zusammengesetzte Indikator der Finanzierungslücke (der Bankkredite, Kreditlinien und Handelskredite sowie Schuldverschreibungen und Aktien umfasst) erreichte in der aktuellen Umfrage ein Niveau, das in der Vergangenheit mit einer geldpolitischen Lockerung einherging.

Mit Blick auf die Zukunft gehen die Unternehmen davon aus, dass sich die Verfügbarkeit von Außenfinanzierungsmitteln in den nächsten drei Monaten leicht verbessern wird.

Wie schon in der letzten Umfragerunde wurden die allgemeinen Konjunkturaussichten als wichtigster beeinträchtigender Faktor der Verfügbarkeit von Außenfinanzierungsmitteln erachtet (prozentualer Saldo von -21 % nach -22 %). Unter dem Strich berichteten 7 % der Unternehmen von einer höheren Kreditvergabebereitschaft der Banken (nach per saldo 8 % in der vorangegangenen Umfragerunde).

Unverändert gegenüber der letzten Umfrage meldeten per saldo 6 % der Unternehmen eine Umsatzsteigerung in den letzten drei Monaten. Dabei zeigte sich ein deutlich größerer Anteil optimistisch mit Blick auf die Entwicklung im kommenden Quartal (per saldo 30 % nach 11 %). Im Vergleich zur vorherigen Befragung gab ein größerer Anteil der Unternehmen einen Gewinnrückgang an (per saldo -16 % nach -14 %). Auch der Nettoanteil der Unternehmen, die einen gestiegenen Kostendruck meldeten, hat sich in den letzten drei Monaten erhöht.

Die Erwartungen der Unternehmen in Bezug auf die Entwicklung der Verkaufspreise in den kommenden zwölf Monaten blieben unverändert. Mit Blick auf die Lohnkosten rechneten sie indes mit einer Verringerung, da ein nachlassender Druck im Dienstleistungssektor erwartet wurde (siehe Abbildung 3). So gingen die Unternehmen unverändert von einem durchschnittlichen Anstieg der Verkaufspreise um 2,9 % aus. Bei den Löhnen erwarteten sie hingegen einen Anstieg um 3,0 % (nach 3,3 % in der vorangegangenen Umfragerunde). Zugleich signalisierten die Antworten der Unternehmen in der aktuellen Umfrage einen leichten Zuwachs der sonstigen Produktionskosten (von 3,8 % auf 4 %).

Die Inflationserwartungen der Unternehmen sind in der kurzen Frist leicht zurückgegangen, haben sich jedoch für die längeren Zeithorizonte nicht verändert (siehe Abbildung 4). Der Median der Erwartungen für die jährliche Inflation in einem Jahr sank um 0,1 Prozentpunkte auf 2,9 %, während er für die Zeithorizonte von drei und fünf Jahren unverändert bei 3,0 % lag. Bei der Inflation in fünf Jahren erachteten weniger Unternehmen die Risiken als ausgewogen (30 % nach 33 %). Die Risiken für die Inflation in fünf Jahren werden nun von einem größeren Anteil der Unternehmen (55 % nach 51 %) als aufwärtsgerichtet eingestuft. Spiegelbildlich verringerte sich der Anteil der Unternehmen, welche die Risiken als abwärtsgerichtet wahrnahmen, von 16 % auf 14 %.

Im heute veröffentlichten Bericht werden die wichtigsten Ergebnisse der 34. SAFE-Umfrage für den Euroraum vorgestellt. Die Erhebung wurde in der Zeit vom 10. Februar bis zum 21. März 2025 durchgeführt. In dieser Umfragerunde wurden die Unternehmen zur Entwicklung der Konjunktur- und Finanzierungsbedingungen in zwei unterschiedlichen Beobachtungszeiträumen befragt. Etwa die Hälfte der Unternehmen äußerte sich zum Zeitraum Oktober 2024 bis März 2025. Die verbleibenden Unternehmen, die alle in den zwölf größten Ländern des Euroraums ansässig sind, beantworteten die Fragen für den Zeitraum Januar bis März 2025. Darüber hinaus berichteten die Unternehmen auch über

ihre Erwartungen zur Inflation im Euroraum sowie zu den Verkaufspreisen und sonstigen Kosten. Die Stichprobe umfasste insgesamt 11 022 Unternehmen im Euroraum, von denen 10 167 (92 %) weniger als 250 Personen beschäftigten.

Kontakt für Medienanfragen: [Benoit Deeg](#) (Tel.: +49 172 168 3704)

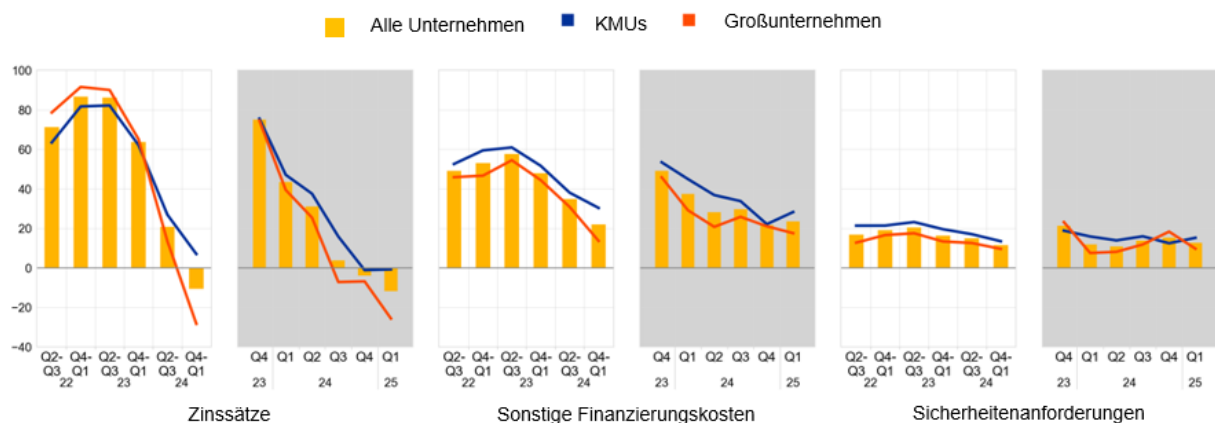
Anmerkung

- Der [Bericht](#) zur aktuellen Umfrage sowie der [Fragebogen](#) und [Informationen zur Methodik](#) stehen auf der [Website der EZB](#) zur Verfügung.
- Detaillierte Datenreihen für die Länder des Euroraums sowie die aggregierten Ergebnisse für den Euroraum sind über das [Data Portal der EZB](#) abrufbar.

Abbildung 1

Veränderung der Konditionen der bankbasierten Finanzierung für Unternehmen im Euroraum

(prozentualer Saldo der befragten Unternehmen)

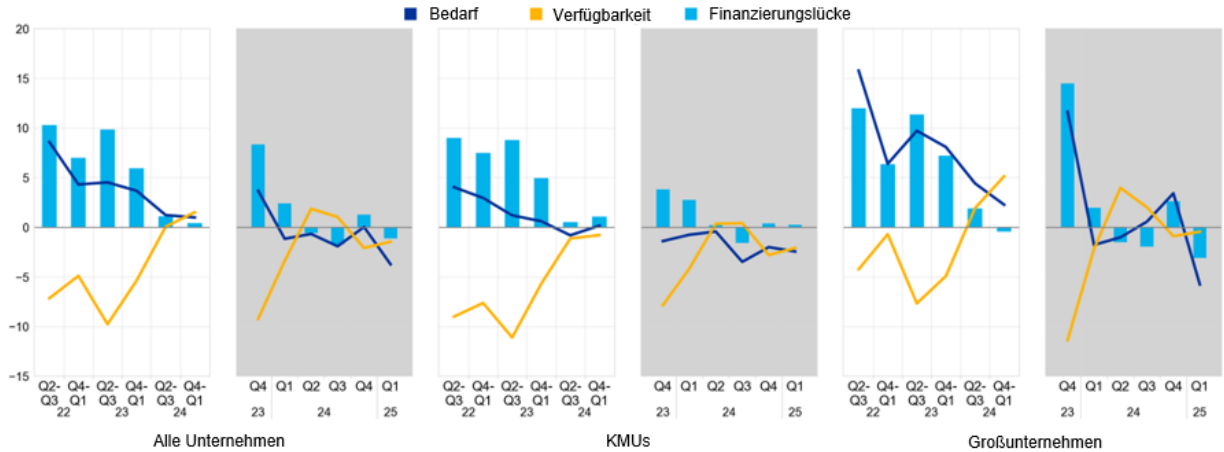


Anmerkung: Die Abbildung basiert auf den Angaben von Unternehmen, die Bankkredite (einschließlich subventionierter Bankkredite), Kreditlinien, Überziehungskredite oder Kreditkartenüberziehungen beantragt hatten. Die Angaben beziehen sich auf die Umfragerunden 27 (April bis September 2022) bis 34 (Oktober 2024 bis März 2025). Der prozentuale Saldo ist die Differenz zwischen dem Anteil der Unternehmen, die einen Anstieg des betreffenden Faktors meldeten, und dem Anteil der Unternehmen, die einen Rückgang meldeten. Die der Abbildung zugrunde liegenden [Daten](#) beziehen sich auf Frage 10 der Umfrage. Die grau hinterlegten Grafiken zeigen die Antworten für den dreimonatigen Beobachtungszeitraum und die Grafiken ohne farbliche Hinterlegung die Antworten für den sechsmonatigen Beobachtungszeitraum.

Abbildung 2

Veränderung des Finanzierungsbedarfs der Unternehmen im Euroraum und der Verfügbarkeit von Bankkrediten

(prozentualer Saldo der befragten Unternehmen)

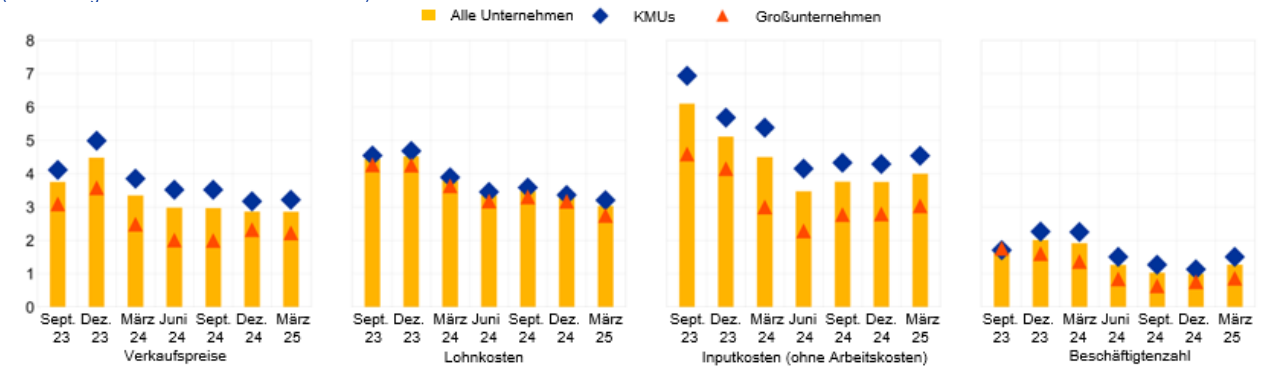


Anmerkung: Die Abbildung basiert auf den Angaben von Unternehmen, für die das betreffende Instrument relevant ist (d. h. Verwendung erfolgt bereits oder wird in Erwägung gezogen). Die Antworten „Nicht zutreffend“ oder „Weiß nicht“ bleiben unberücksichtigt. Die Angaben beziehen sich auf die Umfragerunden 27 (April bis September 2022) bis 34 (Oktober 2024 bis März 2025). Der Indikator der Finanzierungslücke kombiniert Daten zum Finanzierungsbedarf mit Daten zur Verfügbarkeit von Bankkrediten auf Unternehmensebene. Er nimmt einen Wert von 1 (-1) an, wenn der Finanzierungsbedarf steigt (sinkt) und sich zugleich die Verfügbarkeit der Finanzierungsmittel verringert (erhöht). Wenn die Unternehmen nur eine einseitige Zunahme (Abnahme) der Finanzierungslücke wahrnehmen, erhält die Variable den Wert 0,5 (-0,5). Ein positiver Indikatorwert deutet auf eine Vergrößerung der Finanzierungslücke hin. Zur Ermittlung der gewichteten Nettosalde werden die Werte mit 100 multipliziert. Die der Abbildung zugrunde liegenden Daten beziehen sich auf [Frage 5](#) und [Frage 9](#) der Umfrage. Die grau schattierten Grafiken zeigen die Antworten für den sechsmonatigen Beobachtungszeitraum und die Grafiken ohne Schattierung die Antworten für den dreimonatigen Beobachtungszeitraum.

Abbildung 3

Erwartungen zur Entwicklung der Verkaufspreise, Löhne, Inputkosten und Beschäftigung im kommenden Zwölfmonatszeitraum

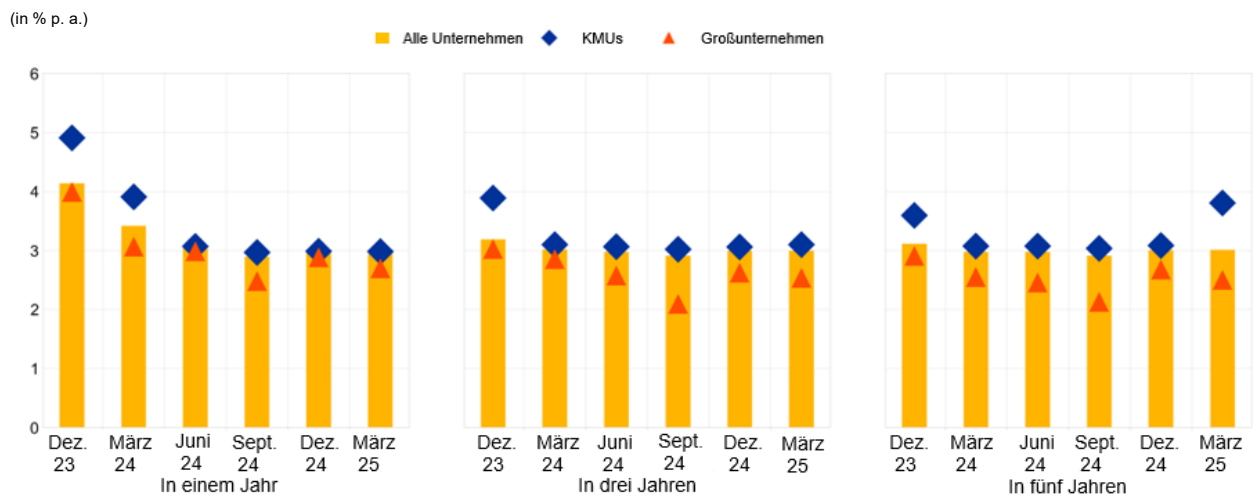
(Veränderung in den kommenden 12 Monaten in %)



Anmerkung: Die Abbildung basiert auf den Angaben aller befragten Unternehmen. Die Angaben beziehen sich auf die Umfragerunden 29 bis 34 (September 2023 bis März 2025), wobei die Antworten der Unternehmen im jeweils letzten Monat der Umfragerunde erhoben wurden. Die Abbildung zeigt die auf Basis der Umfragegewichte ermittelten durchschnittlichen Erwartungen der Unternehmen im Euroraum in Bezug auf Veränderungen der Verkaufspreise, der Löhne der derzeitigen Beschäftigten, der Inputkosten (ohne Arbeitskosten) und der Zahl der Beschäftigten in den nächsten zwölf Monaten. Vor der Berechnung wurden die Daten am länderspezifischen 1. und 99. Perzentil getrimmt. Die der Abbildung zugrunde liegenden Daten beziehen sich auf Frage 34 der Umfrage.

Abbildung 4

Median der Erwartungen der Unternehmen zur Inflation im Euroraum



Anmerkung: Die Abbildung basiert auf den Angaben aller befragten Unternehmen. Die Angaben beziehen sich auf die zweite Pilotrunde (Oktober bis Dezember 2023) und die Umfragerunden 30 bis 34 (Dezember 2023 bis März 2025), wobei die Antworten der Unternehmen im jeweils letzten Monat der Umfragerunde erhoben wurden. Dargestellt ist der umfragegewichtete Median der Erwartungen von Unternehmen in Bezug auf die Inflation im Euroraum in einem, drei und fünf Jahren. Vor der Berechnung wurden die Daten am länderspezifischen 1. und 99. Perzentil getrimmt. Die der Abbildung zugrunde liegenden Daten beziehen sich auf Frage 31 der Umfrage.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.